

Kampf gegen Kinderarmut stockt

SPD und FDP stehen bei der Kindergrundsicherung auf der Bremse.

BERLIN. Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge hat den Koalitionspartnern SPD und FDP vorgeworfen, bei der geplanten Kindergrundsicherung „sehr ärgerlich auf der Bremse“ zu stehen. Sie verstehe nicht mehr, „warum die Bekämpfung von Kinderarmut von den beiden Koalitionspartnern bekämpft wird an dieser Stelle“, sagte Dröge am Mittwoch im ZDF-„Morgenmagazin“. Die Haushaltseinigung der Ampel-Spitzen mit einer Erhöhung des Kindergelds und des Kindersozialzuschlags für bedürftige Familien um jeweils fünf Euro wertete Dröge als „finanzielle Grundlage dafür, dass die Kindergrundsicherung nicht nur kommt, sondern auch schon im nächsten Jahr kommen kann“. Das sei für die Grünen wichtig gewesen. FDP-Fraktionschef Christian Dürr hatte eine andere Lesart der Haushaltseinigung vorgetragen. „Mit der Einigung beim Bundeshaushalt haben alle drei Koalitionspartner festgelegt, dass es keine Leistungsausweitungen geben wird“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Die Kindergrundsicherung soll bisherige Leistungen bündeln. Ziel ist es, alle Kinder, die auf Sozialleistungen Anspruch haben, zu erreichen. *dpa*

Kurz berichtet

Schweitzer neuer Ministerpräsident

MAINZ. Der Landtag von Rheinland-Pfalz in Mainz hat Alexander Schweitzer im ersten Wahlgang mit 57 Stimmen zum Nachfolger von Ministerpräsi-



Alexander Schweitzer folgt auf Malu Dreyer. Foto: dpa/Thomas Frey

dentin Malu Dreyer gewählt. Die Neuwahl war notwendig geworden, weil sich Dreyer als Regierungschefin zurückzieht. Die 63-Jährige ist an Multipler Sklerose erkrankt. *dpa*

Baerbock will nicht Kanzlerin werden

BERLIN/WASHINGTON. Annalena Baerbock will sich voll auf ihre Amt als Außenministerin konzentrieren und strebt keine erneute Grünen-Kanzlerkandidatur an. Statt in einer Kanzlerkandidatur gebunden zu sein, wolle sie angesichts der internationalen Krisen ihre Kraft voll ihrer aktuellen Aufgabe widmen, erklärte die Grünen-Politikerin in einem Interview des US-Fernsehsenders CNN am Rande des Nato-Gipfels in Washington. Damit wäre vor der Bundestagswahl 2025 der Weg frei für eine Kandidatur von Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck als grüner Kanzlerkandidat. *dpa*

Nicht einmal ein Drittel der Bürger gibt der Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung gute Noten. Ein befriedigendes Zeugnis ist das gewiss nicht für Kultusministerin Theresa Schopper, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (beide Grüne) und auch nicht für die CDU als Koalitionspartner.

Denn dass die Landesregierung so lange so wenig Initiative zur Lösung ganz offenkundiger Probleme an Baden-Württembergs Schulen entwickelt hat, ist dem Unwillen und der Unfähigkeit beider Partner geschuldet, über ideologische Differenzen in den hoch umstrittenen Schulfragen hinweg zu pragmatischen Kompromissen zu kommen. Das hat die Handschrift des Bildungskapitels im Koalitionsvertrag geprägt und in der Konsequenz zum schulpolitischen Attentismus über weite Strecken der Legislaturperiode geführt.

Die Werturteile, die die Gesamtbevölkerung und Eltern im jüngsten BaWü-Check zur Bildungspolitik formuliert haben, sind auch eine Quittung dafür. Wahrscheinlich hätten sie zum

Leitartikel

Mit einem blauen Auge davongekommen

An einem „mangelhaft“ für die Schulpolitik ist Grün-Schwarz nur knapp vorbeigeschrammt.

VON BÄRBEL KRAUß

mangelhaft tendiert, wenn Grün-Schwarz sich dem Druck von unten nicht gebeugt und die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium samt einer wenigstens leichten Ausdünnung der viel zu verästelten Schulstruktur im Land doch noch auf die Agenda gesetzt hätte.

Allein mit dem Programm zur Sprachförderung in Grundschulen und Kitas, das Grün-Schwarz wegen der grassierenden Lese- und Rechenunfähigkeit der baden-württembergischen Schüler beschlossen hat, wäre die Unzufriedenheit der Bürger mit der Schulpolitik noch massiver. Insofern sind

die Regierenden wohl noch mit einem blauen Auge davongekommen.

Denn hohe Zustimmungswerte bekommt die Koalition für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium, die Einführung eines neuen Schulfachs „Medienbildung“, die wohl nicht nur für die Gymnasien sondern auch für die anderen weiterführenden Schulen kommen soll, und dafür, dass die Leistungsbewertung durch die Schule künftig wieder mehr Gewicht bei der Einführung der weiterführenden Schule bekommen soll als der Wunsch der Eltern.



All das sind Neuerungen, die in Zusammenhang mit der Reform der Gymnasien nötig geworden und ins Werk gesetzt worden sind – beziehungsweise werden. Denn auch wenn der Regierungsentwurf zur Änderung des Schulgesetzes auf der Zielgeraden ist, wird es noch dauern, bis die Konzepte in den Details ausgearbeitet sind. Es mag für die Landesregierung einen bitteren Beigeschmack haben, dass laut der aktuellen Meinungsumfrage in der Bevölkerung wieder einmal das Gymnasium die Aufmerksamkeit auf sich zieht, während sie selbst der Stärkung der Grund-

schulen – völlig zurecht – viel größeres Gewicht beimisst. Möglichst allen Kinder die Grundlagen beim Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen – unabhängig von der Zusammensetzung der Schülerschaft –, ist nun einmal die zentrale Qualitätsanforderung an ein Schulsystem.

Dass auch die Schulen im Südwesten dies in vielen Fällen nicht mehr leisten, ist die elementarste Reformaufgabe im Bildungsbereich. Wird sie nicht bewältigt, hat nicht nur ein großer Teil der nachwachsenden Generation, sondern auch der Wirtschaftsstandort ein Problem. Insofern kann für die Regierung nur gelten, dass sie die Reform der Gymnasien gut umsetzen muss, ohne die Fokussierung auf die Verbesserung der Grundschulen aufzugeben.

Aus der Meinungsumfrage kann sie bei aller Kritik immerhin etwas Positives mitnehmen: In den Augen der Bürger stimmt die Richtung der Schulreformen. Auch für die Landespolitik insgesamt gibt es eine Lehre: Wenn die Schulen in Schiefelage sind, wird Abwarten von den Bürgern nicht toleriert.

Wie effektiv sind Grenzkontrollen?

Was bringen die stationären Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen? Die FDP fordert, die Kontrollen nach der Fußball-EM für ein weiteres Jahr beizubehalten. Die Gewerkschaft der Polizei ist skeptisch. Was sagt die Forschung?

■ Von Rebekka Wiese

BERLIN. Seit Gründung der Bundespolizei waren noch nie so viele ihrer Kräfte im Einsatz wie in diesen Wochen. Teilweise sind es bis zu 22 000 Beamte am Tag. Wegen der Fußball-EM bekommen sie sogar Unterstützung ausländischer Einsatzkräfte – auch an den deutschen Grenzen. Dort hat das Bundesinnenministerium wegen der EM stationäre Kontrollen angeordnet, die noch bis zum 19. Juli gelten sollen.

Kürzlich veröffentlichte die Bundespolizei eine Halbzeitbilanz. Demnach führten die Einsatzkräfte in diesem Zeitraum fast 830 000 Grenzkontrollen durch. Sie vollstreckten dabei 603 Haftbefehle, nahmen 150 Schleuser vorübergehend fest und wiesen 346 Menschen ab, die zuvor schon mal abgeschoben worden waren.

Verstärkt stationäre Kontrollen

Könnte es sich lohnen, die Kontrollen zu verlängern, um irreguläre Migration zu begrenzen? Das forderte kürzlich

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Brandenburg spricht sich gegen die Maßnahme aus – mobile Kontrollen seien effektiver.

Unabhängig von der EM gibt es seit Herbst 2023 stationäre Maßnahmen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz. Sie sollen bis Dezember gelten. An der bayerischen Grenze zu Österreich wird schon seit 2015 kontrolliert. Sachsen prüft, eine landeseigene Grenzpolizei einzuführen.

Tatsächlich ist die Zahl der Asylbeanträge in Deutschland gesunken, seit die Kontrollen im Herbst 2023 eingeführt wurden. In der ersten Jahreshälfte war es etwa ein Fünftel weniger als im Vorjahreszeitraum.

Die Migrationsforscherin Anne Koch von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) bezweifelt aber, dass das stark mit den stationären Grenzkontrollen zusammenhängt. Sie schließt zwar nicht aus, dass die zusätzlichen Kontrollen dazu beigetragen haben, dass weniger Asylbe-



Ein Bundespolizist überprüft einen Kleinbus auf einem Parkplatz nahe der deutsch-tschechischen Grenze. Foto: dpa/Sebastian Kahnert

werber kommen. Aber sie sieht in der Maßnahme nur eine von verschiedenen Ursachen.

Dass es im Vorjahr besonders viele waren, liegt wohl auch daran, dass ihre Zahl während der Coronapandemie deutlich zurückgegangen war. Im vergangenen Jahr gab es of-

fenbar einen Nachholeffekt, der nun wieder nachlässt. Besonders entscheidend ist allerdings ein anderer Faktor. „Wir wissen aus der Forschung, dass die Situation in den Herkunftsländern den größten Effekt auf Fluchtbewegungen hat“, sagt Koch. Also: „Gibt es gerade ir-

gendwo einen neuen Krieg oder eine andere Krise, die sich verschärft?“ Wie die Lage in den Zielländern sei, ob zum Beispiel Grenzen stärker kontrolliert werden, spiele hingegen eine kleinere Rolle. Dazu passt, dass aktuell nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten EU weniger Asylbewerber ankommen.

Koch will schließt auch nicht aus, dass die Maßnahmen gar keinen Effekt haben. „Wer eine Grenze kontrolliert, der greift natürlich mehr Menschen dort auf“, sagt sie. „Aber man muss sich fragen, ob es so viele sind, dass sich der zusätzliche Aufwand wirklich lohnt.“

Sie hat zudem rechtliche Bedenken, wenn es darum geht, die stationären Grenzkontrollen zu verlängern. Diese könne man nur anlassbezogen anordnen, betont sie. „Wenn man sie nun noch weiter verlängert, muss man sich aber fragen, was passieren muss, damit man sie wieder einstellt.“ Koch befürchtet, dass sich die Kontrollen verstetigen könnten. „Das wäre nicht im Sinne des Schengen-Rechts.“

Die Karikatur



Maßnahme

Karikatur: Tomicek

Immer höhere Eigenanteile

Für Pflegebedürftige und ihre Familien nehmen Belastungen seit Jahren zu. Gerade in Pflegeeinrichtungen kommen diverse Beträge zusammen.

BERLIN. Selbst zu zahlende Anteile für Pflegebedürftige sind trotz verstärkter Kostenbremsen weiter gestiegen, wie eine Auswertung des Verbands der Ersatzkassen ergab. Mit Stand 1. Juli waren im ersten Jahr im Heim im bundesweiten Schnitt 2871 Euro pro Monat aus eigener Tasche fällig – das waren 211 Euro mehr als Mitte 2023. Die Belastungen steigen trotz erhöhter Entlastungszuschläge, die sich nach der Dauer des Heimaufenthalts richten.

Forderungen nach weiteren Erleichterungen in einer Pfl-

gereform noch vor der Bundestagswahl 2025 werden deswegen lauter. Auch mit dem höchsten Zuschlag ab dem vierten Jahr im Heim stieg die Zuzahlung nun im Schnitt auf 1865 Euro je Monat, das waren 91 Euro mehr als zum 1. Juli 2023. In den Summen ist zum einen der Eigenanteil für die reine Pflege und Betreuung enthalten. Hinzu kommen für Bewohner noch Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen in den Heimen. Enthalten sind in der Auswertung erstmals auch Ausbil-

dungskosten, die ebenfalls weitergegeben werden. Sie wurden auch in die Vergleichswerte zum 1. Juli 2023 eingerechnet.

Die neuen Zahlen befeuern die Debatte um eine nächste größere Pflegereform, die Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) angekündigt hat. Denn erst vor einem Jahr war schon eine Reform in Kraft getreten. Damit wurden Entlastungszuschläge, die es seit 2022 gibt, zum 1. Januar 2024 erhöht. Den Anstieg der Zuzahlungen konnten die Zuschläge aber nicht voll auffangen. *dpa*